

Motion:

Ein Lohn zum Leben für alle Bieler:innen

Zur Bekämpfung von Armut trotz Arbeit wird der Gemeinderat beauftragt, einen Erlass auf Stufe Stadtordnung oder/und Reglement zur Etablierung eines Mindestlohns auf dem Bieler Stadtgebiet auszuarbeiten und es dem Stadtrat vorzulegen. Er arbeitet den Erlass nach folgenden Eckwerten aus:

1. Der Mindestlohn soll allen Lohnabhängigen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu angemessenen Bedingungen durch ihre Arbeit zu bestreiten. Insbesondere schützt er vor Armut trotz Erwerbstätigkeit.
2. Der Mindestlohn gilt für alle Lohnabhängigen, welche auf dem Gebiet der Stadt Biel eine Beschäftigung verrichten.
3. Ausnahmen vom Mindestlohn werden auf Reglementsstufe definiert. Diese sollen für befristete Praktika, Lernende in anerkannten Lehrbetrieben, Nebentätigkeiten von Schüler:innen unter 18 Jahren, Familienmitglieder in Familienbetrieben sowie für Stellen zur Integration in den Arbeitsmarkt gelten.
4. Der Mindestlohn beträgt 23 CHF pro Stunde brutto und wird jährlich auf Basis des arithmetischen Mittels zwischen der Jahreststeuerung und des Landesindex der Nominallohnentwicklung angepasst, sofern dieses Mittel positiv ist.
5. Ist der vorgesehene Lohn in Einzelarbeitsverträgen, Gesamtarbeitsverträgen oder Normalarbeitsverträgen tiefer als der kommunale Mindestlohn, ist der kommunale Mindestlohn massgebend.
6. Es wird eine Instanz vorgesehen, welche für die Durchsetzung des Mindestlohns und die damit verbundene Kontrollen zuständig ist.
7. Bei Verletzung der Bestimmungen sollen Sanktionierungen wie Bussen vorgesehen werden.

Begründung:

Wer arbeitet, sollte vom Lohn leben können. Leider ist dies heute noch keine Realität. In verschiedenen Sektoren werden heute immer noch Löhne unter 4'000 Franken gezahlt. Die Leidtragenden sind die betroffenen Lohnabhängigen, die oftmals in Armut leben oder einen Zweitjob annehmen müssen, um über die Runden zu kommen. Die Bieler Bevölkerung verdient Besseres, denn ein Lohn zum Leben sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Stadt Zürich hat gezeigt, wie eine Stadt die Problematik der Armut trotz Arbeit angehen kann. Die Stadtzürcher Stimmberechtigten, haben am 18. Juni einen städtischen Mindestlohn mit 69% Ja-Anteil befürwortet. In Winterthur wurde ebenfalls eine Volksinitiative für einen Mindestlohn

von 23 Franken pro Stunde mit einer Mehrheit von 65% angenommen. Ein Mindestlohn könnte auch für die Stadt Biel eine mehrheitsfähige Lösung darstellen, um die Armut zu bekämpfen.

Biel/Bienne, 28.06.2023

Fraktionen SP/JUSO, PSR & Grünes Bündnis



Levin Koller (SP)



Marie Moeschler (PSR)



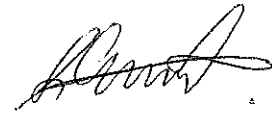
Urs Scheuss (Grüne)



Anna Tanner (SP)



Joseline Stolz (PSR)



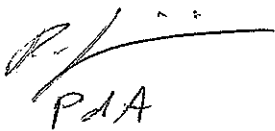
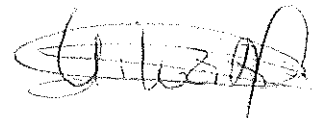
Louise Cacciabue (JUSO)



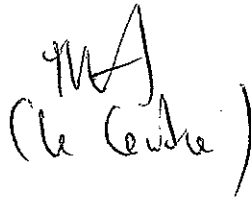
Pir-Chè Celik (PdA)



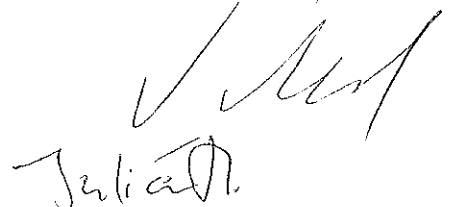
Dana Augsbuger-Brom (parteilos)



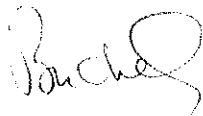
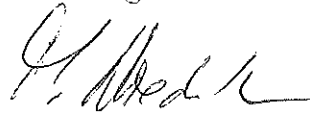
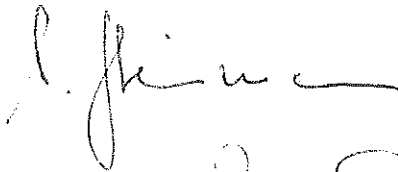
PdA



MA
(le Centre)



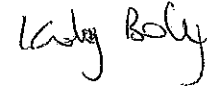
Julia D.



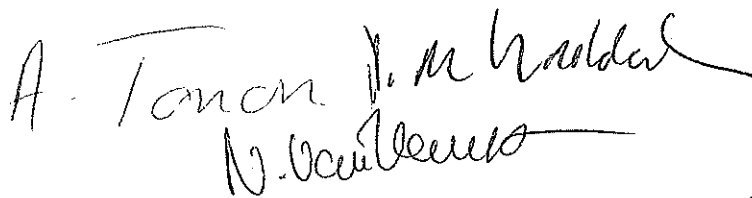
Bachel



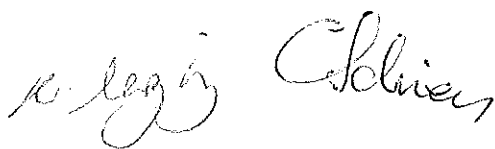
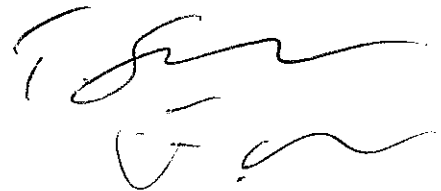
St. Lutz



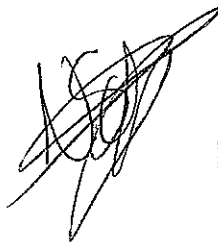
Wahy Boly



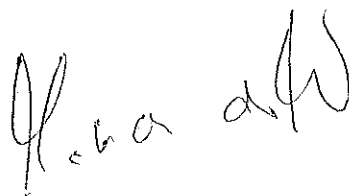
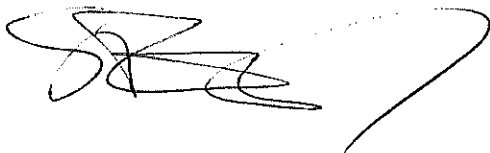
A. Tanner
N. Vautour



regis
Colinas



W. Zotti



H. B. a. W.

